

In der Theorie bekannte man: Vortrag der äußeren vor der inneren Politik, in der Praxis beständige: Zurückstellung der äußeren zugunsten der inneren Politik bis zur Selbstvergeessenheit. Des Beispiel der Konservativen hätte schrecken können. Seit langem konnte nur ein Blinder verkennen, daß die Kriegspolitikk der Konservativen durch ihre innerpolitische Haltung beeinträchtigt wurde. — und da geht die Führung und eine statische Minderheit der preussischen nationalliberalen Landtagsfraktion hin und tut das gleiche, ahmt wieder einmal, wie schon so oft, die Konservativen nach, läßt sich von ihnen aufs Glatteis führen und wird auch richtig mit ihnen zusammen einbrechen.

Es ist nationalliberale Verhängnis, daß immer wieder Teile der Partei der Verführung erliegen, die Dummdheiten der Konservativen mitzumachen. Da sie weniger geistige Politiker als jene zu sein pflegen, so kommen sie dabei meistens mehr zu Schaden als die Konservativen selber. Bei denen gehört ein reaktionäres Verhalten allenfalls zum Stil; auch die verbotene Politik des Herrn von Henninghoff ist, wenn auch nicht im guten oder gar im großen Sinne konservativ, sondern im kleinsten, kurzlichthin und enghörigen Sinne, doch immerhin wenigstens noch konservativ zu nennen. Wenn dagegen liberale Politiker sich parteiellen lassen, die gleichen Wege zu gehen, so ist das keine liberale Politik mehr, nicht einmal eine unzulängliche und törichte, sondern überhaupt keine liberale mehr. Und während die Konservativen sich immer noch und immer wieder auf Kreise stützen, die in der Einfachheit ihres politischen Empfindens eine solche Führung noch am ehesten vertragen können, stützt sich die nationalliberale Partei nicht auf betruggläubige Landbewohner, sondern auf das liberale Bürgerium der Städte. Es ist kaum verständlich, daß sich ihm selbst die bescheidene Weisheit verweigert: Wenn zwei daselbe tun, ist es nicht daselbe. Die Konservativen werden schweren Schaden von ihrem jetzigen Verhalten davontragen, der Schaden aber, den die Nationalliberalen bei demselben Ritt gegen Windmühlen erleiden, wird unergleichlich schwerer sein.

### Preffestimmen

Berlin, 12. Juni. (Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung.) Die Äußerungen der Berliner Blätter über die gestrigen Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhause fallen in solche, die der Regierung drohen, und solche, die wegen ihres mangelnden Mutes schelten. Zu den Bedrohern gehören natürlich die Organe der Rechten.

Die „Kreuzzeitung“ meint, es müßte einmal offen ausgesprochen werden, daß Preußen vom Reich und das Reich von der demokratischen Reichsregierung regiert werde. Von dieser Waise aus richtet das Blatt der preussischen Konservativen bittere, schon ganz persönlich zugespitzte Vorwürfe gegen die beiden Reichsminister: Was gilt diesen Politikern von heute auf morgen eine Ueberzeugung? Selbst vor der eigenen haben ja die beiden Reichsminister nicht halt gemacht, sondern sie kurzschand in den Papierkorb geworfen. Aber selbst wenn man noch über den schnellen Gestirnswandel der Herren Dr. Friedberg und Dr. Drews hinwegsehen will, so war doch jenes Wagnis eine Brücke gebrochen, um sich dahin zurückzuführen, wobei ein preussischer Minister gehört: er hat die staatsmännische und menschliche Pflicht, sich schweigend vor die Krone zu stellen und ihr nach Möglichkeit Konflikte zu ersparen. Die Regierung weiß in welche schwierige Lage der Reichstag gebracht wird, wenn eine Einigung in den Verfassungfragen nicht zustande kommt, aber sie scheint eben der Reichstagsmehrheit eher ihr Ohr zu leihen, als nach Bismarcks Grundrissen zu verfahren.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schwankt zwischen Furcht und Hoffnung, zwischen Drohungen und gutlichem Jureden an die Regierungsadresse, das Entgegenkommen, das vor allem die rechtslebenden Parteien in weitestem Maße mit ihrer Zustimmung zu diesem Kompromiß gezeigt haben, entsprechend zu erwidern. Wir möchten die Hoffnung nicht aufgeben, daß das Ergebnis der Abstimmung sich noch nachträglich in dieser Richtung geltend machen werde; denn ein Votum, das fast zwei Drittel des Parlaments auf sich vereinigt und so beständig den Stempel der Festigkeit nach der einen, des Willens der Verabschiedung nach der anderen Seite hin trägt, ist doch eine Tatsache, die keine verantwortliche Regierung übersehen kann und darf. Keine Regierung darf schließlich vergessen, daß wir in einem konstitutionellen Staate leben, und daß ein innerer Konflikt während des Krieges schlechterdings ausgeschlossen bleiben muß.

Die „Post“ krumpft mit der imposanten Mehrheit auf, die sie gestern gegen die Regierung zusammengekauert hätte. „Glaubt die Regierung mit dieser Mehrheit, mit der sie im Guten nichts zu schaffen haben will, im Bösen leicht fertig werden zu können? Den Konsequenzen vorzugreifen, zu denen sich die 233 Freunde des Kompromißantrages durch die Haltung der Regierung nicht abdrängen lassen werden, ist indessen heute noch nicht die Stunde.“ Bedenken die Herren etwas auf Vorkäuden zu gehen?

Die „Germania“ ist über das Absinken der 31 Zentrumsmitglieder noch immer so konsterniert, daß sie sogar Calisei zu zitiieren beginnt, denn also läßt sie sich zum Schluß vernehmen: „Gewiß, man konnte heute seine Macht noch einmal spielen und fähig lassen; aber auch hier gilt das Wort des Calisei: Und sie bewegt sich doch! — Die Wahlrechtsvorlage so gut wie die Einzelgesetze. Die Entwicklung im Staats-

leben läßt sich zweifellos ein wenig hemmen, nicht aufhalten läßt sie sich nicht. Drum wird auch der Tag des gleichen Wahlrechts in Preußen kommen.“

Auch die „Berliner Tageszeitung“ ist der Meinung, daß die Regierung jetzt schon erklären sollte, sie beschwichtige nicht, vor der Auflösung im Herbst mit diesem Abgeordnetenhause noch zu arbeiten. Dem „Berliner Tageblatt“ ist die Regierung zu wenig manhaft. Es schreibt:

Erst vor wenigen Tagen hat der Ministerpräsident Graf Hertling einigen Vertretern der Linken erklärt, daß er die königliche Ordre, das Dekret zur Auflösung des Landtages bereits in der Hand habe. Er werde nicht zögern, davon Gebrauch zu machen, wenn es an der Zeit sei. Und wenn wird dieser Zeitpunkt eintreten? Was man aber immerhin von der Regierung, selbst wenn man, wie wir, diese Jandertaktik entschieden verurteilt, verlangen darf, ist die sofortige Aufkündigung der Wahlreife, damit sich keine unheilbaren Verzögerungen ergeben können.

Nach sofortiger Auflösung ruft der „Vorwärts“: „Glaubt die Regierung wirklich, daß ein harter, wenn auch bestiger Wahlrechtskampf von sechs Wochen ungenügender auf die Volkstimmung einwirken könnte, als eine über Jahresfrist sich hinziehende Fessel von Proklamationen und Entlassungen des nach seinem Recht verlangenden Volkes?“

### Bayerisches Getreide für das Reich

München, 12. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Um die Lage in der Brotversorgung, die sich bei den Schwierigkeiten der Zufuhr aus der Ukraine und nach der Witterung im Ergebnis des Frühbraches verschlechtert hat, zu verbessern, hat Bayern sich bereit erklärt, nach Kräften in die Drosche treten zu wollen. Zwar hat Bayern im abgelaufenen Wirtschaftsjahr erhebliche Mengen an Getreide an das Reich abgetreten, doch sind die bayerischen Kommunalverbände noch bis zum 15. August eingedeckt. Bayern wird daher alle Bestände, die über die Deckung bis zum 25. August hinausreichen, zunächst an die Landesgetreidestelle von den Gemeinden ansführen und dem Reiche zur Verfügung stellen lassen.

Sächsische Handelskammer und Textilindustrie. Die sächsische Handelskammer hielt eine gemeinsame Sitzung ab, bei der u. a. der Plan der Errichtung eines Zentralverbandes oder Kartells zum Schutz der deutschen Textilindustrie beraten wurde. Die Kammer sah sich nach eingehenden Erörterungen einem ablehnenden Beschlusse. Es liegt keinerlei Bedürfnis vor, neben den schon bestehenden Organisationen noch eine besondere Zentralstelle für die Textilindustrie einzurichten, um ihren Einfluß auf dem Weltmarkt zu stärken. Vor allem könne dieses Ziel nicht durch eine dauernde Verbindung der Industrie mit den Regierungskreisen erreicht werden, sondern am besten sei die ungetrennte Einarbeitung aller in der wirtschaflichen Textilindustrie Deutschlands vorhandenen Kräfte eine Maßnahme für ihre Entwicklung und Erhaltung auch gegenüber dem Auslande.

Umgestaltung der Kriegsgesellschaften für ihre Mitwirkung bei der Uebergangswirtschaft. In einer dem Ministerium des Innern überreichten Denkschrift hat der Verband sächsischer Industrieller darauf hingewiesen, daß, falls sich die Notwendigkeit der Beibehaltung einzelner Kriegsgesellschaften in der Uebergangswirtschaft unabwendbar ergeben sollte, eine gründliche Umgestaltung dieser Gesellschaften erforderlich sein würde, und Wünsche für diese Umgestaltung aufgestellt. Daß diese Denkschrift bei den maßgebenden Stellen Beachtung gefunden hat, zeigen die Verhandlungen des Reichstagsausschusses für Handel und Gewerbe. Der Unterstaatssekretär des Reichswirtschaftsamtes, Dr. Göppert, hat ebenfalls bei der Denkschrift des Verbandes festgestellten Standpunkt vertreten.

Soldaten als Schriftsteller. Im Hauptsaal des Reichstages war Abg. darüber geführt worden, daß schriftstellerische Arbeiten von Offizieren und Soldaten ganz allgemein vor ihrer Veröffentlichung den vorgelegten Kommandostellen zur Genehmigung auf dem Dienstweg eingereicht werden müssen. Das Kriegswirtschaftsamt teilte nunmehr dem Abg. Dr. Haas mit, daß den Feldstellen und selbstretenden Generalkommandos die Bestimmungen über Veröffentlichungen schriftlicher Arbeiten von Offizieren erneut dahin erläutert sind, daß rein wissenschaftliche, politische, wirtschaftliche oder belletristische Schriften, die nicht im Zusammenhang mit der Kriegführung oder den Verhältnissen des Kriegsschauplatzes und der besetzten Gebiete stehen, nicht vorzulegen sind.

Kardinal Hartmann und die Wahlreform. Anfang dieses Jahres haben katholische Exzellenz-Vereine dem Erzbischof von Köln, Kardinal von Hartmann, Dank ausgesprochen für den Hirtenbrief vom Allerheiligentage 1917. In diesem Hirtenbrief hieß es: „Ebenso wenig stimmen wir denen zu, denen das Volk in seiner Gesamtheit als Urheber und Inhaber der staatlichen Gewalt, der Wille des Volkes als letzte Quelle des Rechts und der Macht sind; diese erregen und betören dann die Massen mit den Schlagworten von der Gleichberechtigung aller.“ Vor einigen Wochen haben die Vereine katholischer Exzellenz eine Versammlung abgehalten, in der bekanntgegeben wurde, daß Kardinal von Hartmann geklagt habe über die kühle Ausnahme des vorerwähnten Hirtenbriefs in manchen einflussreichen katholischen Kreisen. — Es ist fast länger Zeit bekannt, daß der Erzbischof von Köln wiederholt Verträge gemacht hat, auf Zentrumsabgeordnete einzuwirken, um sie zur Stellungnahme gegen das gleiche Wahlrecht zu veranlassen.

### Die Steuerfragen der deutschen Gemeinden

In diesen Tagen fand im Rathaus zu Hannover eine vom Vorstand und Arbeitsausschuß des Vereins für Kommunalwirtschaft und kommunalpolitisch veranfaßte Konferenz statt, die sich mit den Steuerfragen in der Uebergangszeit und in der Zeit nach dem Reiche beschäftigte. Als Hauptberichtersteller über die Steuerfragen Dr. Rast-Dasseldorf über die Abgrenzung der Abgabebefugnisse von Reich, Staat und Gemeinde folgendes aus: „Für ein einheitliches, großzügiger und geldwahrer Plan, der die Zuständigkeiten für Hebebefugnisse von Reich, Bundesstaaten und Gemeinden im Zusammenhang miteinander und nicht wie bisher neben- oder gar gegeneinander regelt, kann eine dauernd gesunde Fortbildung des heimischen Abgabewesens gewährleistet.“ Vor allem würde für die Gemeinde eine freie und selbständige Entwicklung des Abgabewesens zu gewährleisten sein. Reich und Einzelstaaten müssen darauf Bedacht nehmen, daß auch ihnen die alleinige Hebebefugnis für bestimmte Abgabenarten gewahrt bleibt und daß dort, wo dies nicht geschieht, den Gemeinden wenigstens die Erhöhung von Zuschlägen oder die Regelung durch besondere Erlässe in einem gewissen Umlage ermächtigt wird. Endlich werden die Vorschriften der Reichsverfassung über die Hebebefugnisse des Reiches als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet. Ein sie abänderndes Reichsabgabengesetz hat zugleich Bestimmungen über ein geregeltere Reichsmittelverfahren zur Vermeidung von Doppelbelastungen zwischen mehreren Bundesstaaten, über die Errichtung eines Reichssteuergerichtshofes und über die Errichtung eines Reichssteuererwerbsanlagensstellen zu enthalten. — Ein weiterer Bericht über die Wohnungsnot wurde einer besonders eingehenden Konferenz als Material überwiesen. — In einer Vorberathung des Vereins berichtete Generalsekretär Erwin Stein über geschäftliche Angelegenheiten des Vereins, dem namentlich nach Beitritt von ungefähr 50 Kreisstädten und ungarischen großen Städten insgesamt 1850 Städte und Kommunalverbände angehören.

### Eine Regierungserklärung zum Arbeitskammergesetz

Berlin, 11. Juni. (Drahtbericht.) Im Reichstagsausschuß zur Vorberathung des Arbeitskammergesetzes gab heute Oberheimer Regierungsrat Sieffert im Auftrage des Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamtes folgende Erklärung ab: „In dem Beschlusse, den der Ausschuss durch Annahme des § 1 Abs. 1 des Antrages v. Sen. (Errichtung von Arbeitskammern an städtischer Grundlage, ohne Fachkammern, zur Vertretung der besonderen Interessen der Arbeitnehmer neben der Vertretung der gemeinsamen Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gefaßt hat, kann die Zustimmung der verschiedenen Regierungen nicht in Aussicht gestellt werden. Für seine Person hat sich der Herr Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes schon bereit erklärt, den Antrag v. Sen. in der Reichskammer für die handelsrechtlichen Industrie- und Berufsgruppen, Territorialkammern für die übrigen Gewerbegebiete zu befürworten.“

Diese Erklärung löste bei der Mehrheit des Ausschusses Widerspruch aus. Nach einer ausführlichen Geschäftsordnungs-erörterung wurde beschloffen, die Verhandlungen bis auf weiteres abzubrechen, um zunächst den Fraktionen Gelegenheit zu geben, Stellung zu der neuen Lage zu nehmen.

Der Reichskanzler Dr. Graf v. Hertling empfing den Präsidenten des Reichstages v. Hertling.

Verkauf der „Danziger Zeitung“. Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: Wieder scheint ein altes sächsisches Blatt, die „Danziger Zeitung“, durch Kauf in anderen Besitz und damit der fortschrittlichen Volkspartei verloren gegangen zu sein. Wie wir hören, ist das Blatt, dessen Geschäftsleiter der fortschrittliche Landtagsabgeordnete Dr. Hermann ist und an dessen Verlag — der Verlagsgesellschaft „W. K. Rosemann“ in Danzig — ein Sohn des früheren freisinnigen Führers Heinrich Richter in hervorragendem Maße beteiligt ist, in die Hände eines konservativen Uebergegangens, an dem in erster Linie die Eigentümer des rechtsnational-liberalen Grundbesitzer „Geselligen“ beteiligt sein sollen. Es wird denn auch bereits berichtet, daß das Blatt seine in absehbarer Zeit in die altbacken-paterfamilienhafte Parteierichtung hinübergeführt werden.

Die der „Vorwärts“ mittels, legen die Vertreter der georgischen Republik Wert darauf, daß die Verhandlungen mit den Georgiern in Berlin stattfinden.

Berichtigung. Vor kurzem brachten wir eine Nachricht, daß die russischen Kriegesgefangenen vom 29. April ab als freie Arbeiter beschäftigt würden. Diese Mitteilung entspricht, wie uns von zuständigen Stellen mitgeteilt wird, nicht den Tatsachen. Wir bringen daher nachstehende Berichtigung: Durch den Friedensschluß des Deutschen Reiches mit Rußland ist an dem Verhältnis der in Kriegesgefangenschaft befindlichen Russen als Kriegesgefangene vorläufig nichts geändert worden. Wie bisher sind sie auch ferner zur Arbeit verpflichtet. Nur hinsichtlich ihrer Entlohnung und des ihnen anfallenden zustehenden Reinerdienstes sind durch den Friedensschluß Besserstellungen eingetreten.

Trennung der Deutschböhmen. Der deutsche Ortsrat in Prag bezieht eine Versammlung zwecks Gründung eines Trennbandes der Deutschen in Böhmen ein.

Für wahre Freiheit kämpft mit Recht nur der, Der stets im einzelnen die Freiheit ehrt.  
Gustav Freytag.

### Berliner Theater

Das junge Deutschland brachte in seiner letzten Veranstaltung Werkes „Wohin aus dem Elpsum“ und „Kosmos“ „Ain“. Die Gesellschaft hat sich die Entdeckung unbekannter Dichter zum Ziele gesetzt; warum man nun Werkes noch einmal entdeckt, ist nicht ganz klar einzusehen. Sein Name sollte wohl der Vollständigkeit halber auf den Zettel. Ich zweifle weiter, ob man ihm einen großen Stellen geben darf, diese dramatisierte Roselle ins gebirge Licht der Lampe zu zerren. Heinz Herald als gelehrter und sehr fähiger Leiter, dessen Gesellschaft Schönes verspricht, hatte den glühendsten Sprecher unter den jungen Reinhardt-Leuten, Konrad Weiß, für den schaffenshaften Besucher auszuwählen, so daß wir nicht um den Genuß dieser Sprache betrogen wurden. Frau Leiko vermochte sich nicht über das Darreichen des Stichwortes hinauszuschwingen. Und so wurde das Ganze ein Monolog, den die beiden andern Spieler mitleidig unterbrochen. — Auch im „Ain“ sind die andern Figuren, nach denen das Stück nicht genannt ist, lediglich Anlag zu allerlei Äußerungen des Helben. Der, sagt Koska, ist ein einfacher Mensch, und ich muß es ihm glauben. Es soll wohl eine Tragödie vom Stiehkinder des Werkes sein. Wenn ich nur nichts mehr von einsamen Menschen hören möchte. Diese anmaßliche Eitelkeit auf Einfachheit bekommt jenen kalten Weichschmuck, wie ebendies das scheinliche Wort vom „sich ausleben“, das heute kaum noch einer unferner Kammergesellschaften in den Mund zu nehmen wagt vor lauter Fadenheiligkeit. Als wären wir nicht alle einsam. Diese Ueberhöhung der eigenen Individualität ist nicht nur peinlich und ermüdend, sie zermüht vor allem das Wesen des Dramas, das darstellen soll, wie die vielen Einfamen einander stehend sich verstehen und verstehen. Zudem geschieht nichts, was mir Held Ain (natürlich wieder Ernst Deutsch) irgendwie nahebringt. Gewiß, er frantet um die Blume, die der ungeliebte Abel (Hermann Himig) zertrat, und leidet mit dem Reich, das jener schlachtet. Dann geht er hin und erschlägt den Bruder mit dem Beil. (Moral: Laßt uns nicht zu einsam, sonst gibt's ein Unglück!) Ich hätte es ihm zugestimmt, daß Koska sagt, daß er voll Nordluft war. Der Versuche nennt nicht davon, als daß er auf ihn zukommt; er kann nicht, sagt Koska. Es kommt so weit, daß der Zuschauer mit aller Inbrunst hoffte, das biöchen aufgespaltene Drama mit noch nicht doch nicht fähig, und der Dichter solle es beim psychologischen Gespräch bewenden lassen. Soweit kommt es, soweit es geht. — Nebenbei sagt die Mutter (Frau Wagner), kommt

herein, und Ain sagt: Sei nicht böse, Mutter, ich habe Abel erschlagen! Viel alttestamentarische Weisheit ist in diesem Stück, zweiel Weisheit, zweiel Altes Testament.

Damit haben wohl die dramatischen Darbietungen der Gesellschaft für diese Spielzeit ihr Ende gefunden. Rückblickend stellen wir fest: der Gewinn war Reinhard Coerings Seeschlacht, voll, rein und stark, wie in Gestaltung, so in Gestaltung, eine Orientierung ohne ohne, die der ungeheurer Mitspieler, die Schlacht, ersteht. Das ist genug, es lohnte wahrlich. Ob freilich die Gesellschaft voll ihren Zweck zu erfüllen kann, das weiß ich nicht. Vor dem Kleinstück und vor der Wagner-Blume wird das Publikum sich nie retten, ohne nicht jeder sich bewußt ist, daß Teilnahme an der Kunst in jeglicher Form heilsame Pflicht und ernste, harte Arbeit sein muß, und die nicht jeder auf seine Weise wagen wird, wozu es keineswegs ungemelner Geldmittel bedarf. Man bege doch kein Mißtrauen gegen die neuen Formen, man gebe sich doch freudig hin, wenn auch manchmal eine Note herausspringt. Dann erbeite die klügliche Fingerringel unserer dramaturgischen Werkstätten, dann bräunte man sich nicht die Galle aus dem Leibe zu ärgern über den bodenlosen Quark, der winterweise ganze Bühnen fällt und aus dem Cafés einem entgegenquiescht. Erholung wollen sie, aber keine Mühe, weil nichts da ist, was sich sehen muß in heiligen Feiernunden. Wenn wir erst wieder Chaos in uns haben, ja dann... W.G.

Entwicklung der Deutschen Bäckerei. Die Deutsche Bäckerei in Leipzig hat sich nach dem seiden erschienenen Bericht über ihr 5. Verwaltungsjahre trotz der Hemmungen des Krieges günstig weiter entwickelt. Der Zuwachs der Deutschen Bäckerei betrug insgesamt 28 713 bühnengestaltliche Einheiten an Bäckern und viele tausend Universitäts-, Schul-, Vereins- und amtliche Schichten, dazu die Krieges- sammlung. Den weitaus größten Teil ihres Zuwachses erhält die Deutsche Bäckerei aus dem Verlagsbuchhandel. Die Bäckerei zählt im Verlagsbuchhandel 2741 Steller, deren Verlagszeugnisse ihr ohne weiteres überwiegen werden. Neben diesen Wüsten 2041 Verleger wertvolle Geschenke. Andererseits fehlt aber noch die Unterfütterung mancher Verleger. Es wurde daher eine Zusammenfassung aller seit 1913 ausstehenden Werke gemacht und ihre Einforderung in die Wege geleitet. Für die Erlangung der zahlreichen amtlichen Druck- schriften, die von Behörden veröffentlicht und nicht allgemein bekannt werden, zeigte die Arbeit der früheren Jahre ihre bedeutungsvolle Wirkung. Infolge der Verbindungen, welche die Deutsche Bäckerei von Jahr zu Jahr in weitestem Umlange mit Nationalen und sächsischen Verwaltungen angeknüpft hat, geht ein erheblicher Teil von lauzenden und etmaligen Veröffentlichungen ohne weiteres ein. Mehr und mehr empfinden sich auch die Behörden dazu, geheimhaltende amtliche Veröffentlichungen der Deutschen Bäckerei anzuerkennen. Rage

Verbreitigkeit galt sodann der fast unübersehbaren Menge der Veröffentlichungen von Vereinen und Gesellschaften mit wissenschaftlichen, wirtschaftlichen, politischen und sportlichen Aufgaben im In- und Auslande. Die Zeitschriftenstelle hat eine besonders umfassende Werbetätigkeit entfalten müssen, da die Kriegsverhältnisse besonders den Zeitschriftenverlag hart bedrängten. Die Werbetätigkeit hat die Zahl der auf der Deutschen Bäckerei vorhandenen Zeitschriften von 15 500 auf 19 500 steigen lassen; bei Gründung der Abteil glaubte man, diese Zeitschriftenliteratur mit 8000 schon hoch einzuschätzen! Die Kriegsliteratur-Sammlung ist von den Militär- und Zivilverwaltungen wie von privaten Stellen reich gefördert worden. Die zahlreichen Lektüre- und anderen kostbaren Werke wurden von den übrigen Beständen getrennt und zu einer eigenen Sammlung vereinigt. Die Gesellschaft der Freunde der Deutschen Bäckerei hat sich weiter ausgedehnt. Sie stellte der Bäckerei einen Betrag von 3000 M. zur Verfügung, der dazu benutzt wurde, aus der Verlegerung Hegele und anderen Verfeinerungen wertvolle und seltene Bücher und Zeitschriften zu erwerben. Als Jahresgabe ist die Veröffentlichung einer neuen Fassung der „De Hinc und thence Germania an ihre Kinder“ vorgegeben, die von dem Direktor der Deutschen Bäckerei Prof. Dr. Minde-Pouet ent- deckt, hier zum erstenmal der Öffentlichkeit bekannt gemacht wird.

Generalmusikdirektor v. Fischer. Generalmusikdirektor Franz v. Fischer, der viele Jahre die Kapelle der Münchener Hofoper leitete, ist im Alter von 80 Jahren in München gestorben. Er lernte 1870 in Budapest Hans Richter kennen; durch diesen kam er nach Bayreuth, wo er sich das Vertrauen Richard Wagners in höchstem Maße erwarb. 1880 ging er, auf Wagners Empfehlung, an die Münchener Hofoper, der er bis zum Jahre 1913 angehörte. Er war der bekannteste Dirigent aus der alten Bayerischen Schule.

Professor v. Sahder, außerordentlicher Professor der deutschen Sprache und Literatur an der hiesigen Universität, tritt am 1. Oktober aus Gesundheitsrücksichten in den Ruhestand. Woffenriederliche Vereinigung. Die sächsischen Abteilungen der Woffenriederlichen Vereinigungen Deutschlands, Oesterreichs, Ungarns und der Türkei beschloffen im September d. J. eine gemeinsame Tagung in Budapest zu veranstalten. Die Teilnehmer fahren am 20. September mittels Dampfers der Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft nach Budapest, werden dort vom 21. bis 23. an der Tagung teilnehmen und auf der Rückreise Pöfingen, Trebschen-Teplitz und die Saha-Letra berühren. Mehrere Anträge erteilt das Bureau des Zentralkomitees für sächsische Kulturarbeit, Berlin W., Postbureau Str. 124 b.